

Michael Dauderstädt

Die Erweiterung der EU schafft einen Binnenmarkt – tendenziell mit einheitlicher Währung –, auf dem Ökonomien und Gesellschaften mit sehr unterschiedlichem Einkommens- und Entwicklungsniveau und nationalen Wohlfahrtsregimen aufeinander treffen. Dieser Integrationsprozess übt einen starken Druck zur Senkung der Lohnstückkosten aus. Soll der Wohlstand für alle erhalten bleiben bzw. das „verlorene Paradies“ der Dekaden vor 1973 wiedergewonnen werden, so bedarf es einer starken europäischen Politik, aber auch ausreichender Spielräume für nationale Korrekturen und Präferenzen.

Auf europäischer Ebene sind Mindeststandards gegen die Externalisierung sozialer Kosten und die Ausbeutung der Arbeitnehmer zu setzen. Innerhalb dieser Grenzen sollte jeder Mitgliedstaat zwischen mehr Output an Gütern und Dienstleistungen oder kürzeren Arbeitszeiten, mehr Schutz von Umwelt und Menschen wählen können. Jeder Mitgliedstaat sollte das Ausmaß und die Grundsätze seiner Sozialpolitik selbst bestimmen. Die EU sollte – z. B. durch die offene Methode der Koordinierung – den Austausch von *best practices* fördern, um möglichst vielen dieser Bürger die Teilhabe an der Hochlohn-Hochproduktivitätswirtschaft zu ermöglichen.

Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik sollte die starken Kräfte zur Senkung der Lohnstückkosten in eine nachhaltige Reallohnsteigerung umlenken. Die europäische Geld- und Fiskalpolitik sollte die deflatorischen Trends, die von diesen Kräften gespeist werden, durch expansive Konjunkturpolitik kompensieren, bis Vollbeschäftigung erreicht ist. Dazu ist der Stabilitätspakt in eine Beschäftigungsversicherung umzubauen.